

Zeitschrift:	Zeitschrift für Sozialhilfe : ZESO
Herausgeber:	Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe SKOS
Band:	119 (2022)
Heft:	1
Artikel:	"Eine offensive Informationspolitik sowie der Abbau von administrativen Hürden wäre zentral"
Autor:	Hochuli, Marianne / Hess, Ingrid
DOI:	https://doi.org/10.5169/seals-981297

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 09.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

«Eine offensive Informationspolitik sowie der Abbau von administrativen Hürden wäre zentral»

NACHGEFRAGT Statt Sozialhilfe zu beantragen, wenden sich Personen in Notlagen häufig an private Hilfsorganisationen. Die Corona-Krise hat diese Entwicklung verstärkt. Es braucht deshalb eine offensive Informationspolitik der Kantone und Gemeinden sowie den Abbau von administrativen Hürden, um den Zugang zu Unterstützung zu erleichtern, wie Marianne Hochuli von Caritas Schweiz sagt.

ZESO: Caritas hat immer wieder darauf aufmerksam gemacht, dass sich viele Menschen an Caritas wenden, weil sie keine Sozialhilfe erhalten können oder wollen. Hat sich die Situation während Corona verschärft?

Marianne Hochuli: Caritas macht seit Jahren die Erfahrung, dass immer mehr Menschen, die eigentlich das Recht auf staatliche Unterstützung hätten, stattdessen Caritas um Hilfe ersuchen. Die Corona-Krise hat einerseits die schon vorher existierenden prekären Situationen sichtbar gemacht und andererseits die Notlagen vieler Menschen auch massiv verschärft. Viele Menschen, die vorher schlecht und recht ihre Existenz bestreiten konnten, verloren ihre Arbeit ganz oder teilweise und konnten ihre laufenden Rechnungen – beispielsweise die Miete – nicht mehr bezahlen. Ein Teil von ihnen konnte Caritas an staatliche Stellen weitervermitteln. Andere unterstützte sie mit Überbrückungshilfen. Solche auszuzahlen, war möglich aufgrund einer ausserordentlichen Sammlung der Glückskette und von Spenden für Menschen in Notsituationen.

Wissen Sie, wie viele Unterstützungssuchende von Ihnen eigentlich Anspruch auf Sozialhilfe hätten?

Dies unterscheidet sich von Kanton zu Kanton. Je nach dem Gesamtangebot unterscheidet sich auch die Zusammensetzung der Unterstützungssuchenden bei Caritas. Im Mittel dürfte es etwa jede vierte Person sein.

Warum wenden die Betroffenen sich Ihrer Erfahrung nach an Caritas und nicht an den Sozialdienst?

Caritas ist in 16 Kantonen mit ganz unterschiedlichen Aktivitäten für benachteiligte Menschen tätig und sichtbar. In die sehr niederschwelligen Sozial- und Schuldenberatungen beispielsweise tragen die Menschen ihre Sorgen und Notlagen hinein. Ein Gespräch kann mit den Schulproblemen der Kinder beginnen und allmählich auch noch ganz andere Themenkreise

zutage bringen. Von jenen, die sich an Caritas gewandt haben, höre ich mehrheitlich, dass sie sich angehört und ernst genommen fühlten. Eine Studie zur öffentlichen und zur privaten Sozialhilfe, die Caritas zusammen mit dem Schweizerischen Roten Kreuz und der Heilsarmee im Jahr 2016 publiziert hat, kommt zu dem Schluss, dass bei den öffentlichen Sozialdiensten gerade diese persönliche Hilfe, also die Beratung und Begleitung, oft zu kurz kommt.

Wer sind die Menschen, die sich an Caritas wenden statt an den Sozialdienst? Nur Menschen mit unsicherem Aufenthaltsrecht, die Angst vor Wegweisung haben?

Es sind bei Weitem nicht nur Migrantinnen und Migranten. Aber tatsächlich steigt deren Anzahl seit dem Inkrafttreten des verschärften Ausländer- und Integrationsgesetzes an. Sie verzichten aus Angst vor dem Verlust ihres Aufenthaltsstatus darauf, Sozialhilfe zu beziehen. Oder sie wollen die Zukunft ihrer Kinder durch eine Herabstufung der Niederlassungsbewilligung oder eine Erschwerung einer bevorstehenden Einbürgerung nicht gefährden. Zu Caritas kommen aber auch Schweizer Familien, Alleinerziehende, Working Poor, also Menschen, die arbeiten, deren Einkommen aber kaum zur Existenzsicherung reicht und die sich bereits verschuldet haben.

Welche Arten von Hilfe erhalten die Betroffenen?

Caritas analysiert mit den Menschen ihre Situation, klärt mögliche Ansprüche gegenüber Sozialversicherungen und der Sozialhilfe ab, vermittelt bei Problemen mit Ämtern und Behörden und informiert über Unterstützungsangebote anderer Institutionen. Die Vernetzung mit anderen Institutionen ist darum zentral. Wir überbrücken auch Notsituationen finanziell und bieten etwa mit der Kulturlegi die Möglichkeit, dass Menschen mit niedrigem Einkommen am gesellschaftlichen Leben teilnehmen können. Diese Woche nahm ich am Stadtspaziergang



«Wir müssen darum gegenüber der Politik mit aller Deutlichkeit aufzeigen, dass eine Armutssituation wenig mit Selbstverschulden, aber umso mehr mit strukturellen Veränderungen zu tun hat», sagt Marianne Hochuli, Leiterin Grundlagen, Caritas Schweiz. FOTO: ZVG

«Luzern abseits» teil, der die Lebensrealitäten von sozial Benachteiligten beleuchtet. Der Stadtführer, der eine schwierige Vergangenheit hinter sich hatte, zeigte mir stolz die Kulturlegi, die ihm sogar den Besuch von Konzerten ermöglichen würde.

Welche Anforderungen werden gestellt, und werden zuerst Verhältnisse geprüft?

Die Kulturlegi oder Einkaufsvergünstigungen im Caritas-Markt erhalten beispielsweise Leute, die bereits eine Unterstützungsleistung wie Sozialhilfe oder Ergänzungsleistungen beziehen oder mit der letzten Steuererklärung ein niedriges Einkommen aufweisen. Die Berechtigung wird jährlich überprüft.

Welche Massnahme wäre für Sie zentral, damit der Nichtbezug von Sozialhilfe abnimmt?

Eine zentrale Massnahme wäre eine sehr offensive Informationspolitik der Kantone und Gemeinden oder der Abbau von administrativen Hürden. Viele Armutsbetroffene wissen kaum um ihre Rechte und die damit verbundenen Möglichkeiten ge-

«Von jenen, die sich an Caritas gewandt haben, höre ich mehrheitlich, dass sie sich angehört und ernst genommen fühlten.»

schweige denn, wie sie all die administrativen Hürden bei der Anmeldung zur Sozialhilfe überwinden können. Beim Anblick eines fast zehnseitigen Formulars, meist nur in einer Landessprache, wird selbst mir, deren tägliche Arbeit zum grossen Teil aus Lesen und Schreiben besteht, etwas flau. Der Gang zum Sozialamt ist ausserdem für viele mit Scham behaftet. Wir müssen darum gegenüber der Politik mit aller Deutlichkeit aufzeigen, dass eine Armutssituation wenig mit Selbstverschulden, aber umso mehr mit strukturellen Veränderungen zu tun hat. Beispielsweise im Arbeitsmarkt. Und zuletzt: Die Koppelung von Ausländerrecht und Sozialhilfebezug ist verheerend. Menschen, die jahrelang in der Schweiz gearbeitet haben, gehen aus Angst nicht zur Sozialhilfe. Dies schafft unnötig prekäre Situationen, nimmt den Menschen jegliche Perspektive und wirkt zersetzend für die ganze Gesellschaft. Darum gehört die Verknüpfung von Ausländerstatus und sozialen Rechten abgeschafft.

Das Gespräch führte
Ingrid Hess